

Allgemeine Beschlüsse und Sonstige Beschlüsse des Deutschlandtages in Münster vom 16. bis 18. Oktober 2009

Bundesparteitag der CDU Deutschlands

Der Deutschlandtag der Jungen Union fordert die CDU Deutschlands auf, unverzüglich einen Bundesparteitag einzuberufen.

Schaffung eines Rechtsrahmens für CCS-Technologie

Die Junge Union Deutschlands spricht sich für die Schaffung eines geeigneten Rechtsrahmens für die Weiterentwicklung der CCS-Technologie und zur Errichtung von Demonstrationsanlagen aus.

Liebe Verlage: Sich Herausforderungen stellen, statt um Protektionismus betteln

Die Junge Union spricht sich gegen die Einführung eines speziellen Urheberleistungsschutzrechts für Verlage aus. Anstatt neue urheberrechtliche Spezialregeln im Onlinebereich für sich zu beanspruchen, fordert die Junge Union die Verlage dazu auf, sich dem Wettbewerb im Internet zu stellen und mit der Entwicklung neuer, innovativer Geschäfts- und Vermarktungsmodelle voranzuschreiten, statt um neuen Protektionismus zu betteln.

Freiwilliges Soziales Jahr wieder von Umsatzsteuer befreien

Der Bundesvorstand der Jungen Union Deutschlands wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ)/Jugendfreiwilligendienste für die Einsatzstellen wieder von der Umsatzsteuer zu befreien.

Neue Strategie der Entwicklungszusammenarbeit

Die Junge Union Deutschlands fordert die Bundesregierung auf, sich in der Entwicklungszusammenarbeit strategisch neu aufzustellen und neue Mittel und Wege zu nutzen, die Millenniumsziele aus dem Jahr 2000 zu erreichen.

Jugendhilfe für jugendliche Intensivtäter in allen Bundesländern

Jugendhilfe in Form von Erziehungs- und Wiedereingliederungseinrichtungen für jugendliche Intensivtäter sind in allen deutschen Bundesländern zu schaffen, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, durch erzieherische Maßnahmen befähigt zu werden, ein straffreies Leben zu führen.

Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Die Junge Union Deutschlands fordert den ergänzenden Einsatz der Streitkräfte im Innern, wenn in extremen Gefahrenlagen – insbesondere in Bezug auf die Seesicherheit – die Mittel der polizeilichen Gefahrenabwehr nicht mehr ausreichen. Dazu ist das Grundgesetz entsprechend anzupassen.

Sozialer Notruf 114

Die Bundesregierung führt einen sozialen und bundeseinheitlichen Notruf 114 ein, damit Menschen mit Problemen, die außerhalb des Bereichs der Polizei oder der Feuerwehr liegen, jederzeit einen Ansprechpartner haben. Der soziale Notruf soll alle bisherigen Notfallnummern von Verbänden, Vereinen und Kirchen sammeln und die Anrufenden weiterleiten, um möglichst ortsnah, direkt und schnell helfen zu können. Hierbei tritt der „Soziale Notruf 114“ als Vermittler auf und berät nicht selbst. Durch den „Sozialen Notruf“ den Menschen künftig eine schnelle und direkte Hilfe geboten werden. Hiermit wäre ein nachvollziehbares und lückenloses Hilfesystem erstellt.

Notrufnummern zu Notfaxnummern ausbauen

Die Junge Union unterstützt den bundesweiten Ausbau der per Telefon erreichbaren Notrufnummern 110 und 112 zu Notruffaxnummern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich für eine bundesweite Umsetzung stark zu machen.

Leichenschauen nur noch von Leichenbeschauern mit spezieller Qualifikation

Die Junge Union Deutschlands fordert, dass Leichenschauen nur noch von amtlich bestellten Leichenbeschauern mit einer speziellen medizinischen Qualifikation durchgeführt werden dürfen. Zudem ist eine Stärkung der rechtsmedizinischen Institute notwendig.

Kein genereller Ausschluss homosexueller Männer von Blut- und Stammzellspenden

Die Junge Union Deutschlands fordert, homosexuelle Männer nicht länger von der Blut-, Plasma- und Stammzellenspende generell auszuschließen und die von der Blutspende auszuschließenden Risikogruppen so zu definieren, dass das individuelle Risikoverhalten über die Zulassung zur Spende entscheidet.

Europaabgeordnete direkt wählen!

Wir fordern die Wahllisten für die Europawahl abzuschaffen und die Parlamentarier über Direktmandate zu legitimieren.

„Neuro-Enhancement“ erforschen – Mißbrauch an Hochschulen ggf. unterbinden

Die Junge Union Deutschlands fordert das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) auf, Möglichkeiten zu prüfen, mit einer zusätzlichen hochschulrechtlichen Regelung Versuche von gesunden Studierenden zu verhindern, mit Medikamenten ihre geistige Leistungsfähigkeit zu steigern. Ferner ist es nötig, valide Daten zum derzeitigen Ausmaß dieser Praxis in Deutschland zu erheben.

Die langfristige Diskussion über solches „Neuro-Enhancement“ möchten wir jedoch bewusst offen gestalten und seriöse Forschung auf diesem Gebiet nicht tabuisieren.

Sonderbriefmarke 80. Geburtstag Dr. Helmut Kohl

Die Junge Union Deutschlands fordert das Bundesministerium der Finanzen auf, aus Anlass des 80. Geburtstages des Bundeskanzlers a.D. Dr. Helmut Kohl eine Sonderbriefmarke herauszugeben.

Section Control verhindern

Die Junge Union Deutschlands spricht sich gegen die Einführung einer Abschnittskontrolle, der so genannten „Section Control“, auf deutschen Straßen aus.

Friedrich Merz = EU-Kommissar

Friedrich Merz möge für die Neuwahl der europäischen Kommission am 31. Oktober 2009 als EU-Kommissar für „Unternehmen und Industrie“ durch die CDU nominiert werden.